

INSTITUT FÜR UNTERNEHMENSRECHT (IURUM)
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,
Bank-, Börsen- und Kapitalmarktrecht
Prof. Dr. Georg Bitter

UNIVERSITÄT
MANNHEIM

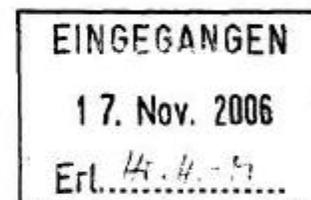
Universität Mannheim • Schloss • 68131 Mannheim
LS für Bürgerliches Recht, Bank-, Börsen- und Kapitalmarktrecht

Deutscher Bundestag
- Finanzausschuss -
z.Hd. Herr Eduard Oswald
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:
Schloss, Westflügel W 114/115
68131 Mannheim
Telefon: 0621/181-1322
Email: bitter@georg-bitter.de
Sekretariat:
Telefon: 0621/181-1394
Telefax: 0621/181-1393
Homepage: www.georg-bitter.de

**Mannheim, den 14. November
2006**

Öffentliche Anhörung zum Girokonto für Jedermann



Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Oswald,

Ihre Einladung zur öffentlichen Anhörung am Mittwoch, 29. November 2006, von 14:00 bis 15:30 Uhr habe ich erhalten. Leider bin ich durch verschiedene Terminkollisionen, die sich trotz intensiver Bemühungen nicht mehr verschieben ließen, an einer Teilnahme gehindert, obwohl mich das Thema sehr interessiert hätte.

Ich erlaube mir kurz darauf hinzuweisen, dass die vielfach zu beobachtende Tendenz, Konten von sozial schwachen Personen zu kündigen, m.E. mit einer verfehlten Rechtsprechung des für Bankrecht zuständigen XI. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs zusammenhängt, die es den Banken untersagt, durch einen Kontoinhaber zusätzlich verursachte Kosten entsprechend dem „Verursacherprinzip“ auf den jeweiligen Konteninhaber umzulegen. Im Rahmen dieser Rechtsprechung hat der Bundesgerichtshof insbesondere entschieden, dass die Banken für die Bearbeitung und Überwachung von – in der Praxis sehr kostenintensiven – Pfändungsmaßnahmen kein zusätzliches Entgelt berechnen dürfen (vgl. BGHZ 141, 380 = NJW 1999, 2276 = WM 1999, 1271; BGH NJW 2000, 651 f. = WM 1999, 2545, 2546). Wer es den Banken jedoch untersagt, für zusätzliche Kosten auch zusätzliches Entgelt zu berechnen, muss sich m.E. nicht wundern, dass die Banken nunmehr derartige mit Pfändungsmaßnahmen belegte Konten kündigen, um die dadurch entstehenden Kosten loszuwerden. Schließlich müssen die durch die Pfändungsmaßnahmen entstehenden Kosten letztlich auf alle anderen Konteninhaber umgelegt werden (vgl. dazu ausführ-

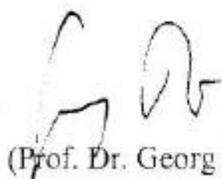
lich *Bitter*, Wer schützt den Verbraucher vor dem Verbraucherschutz? – Bankentgelte und „Verursacherprinzip“ in juristisch-ökonomischer Betrachtung, in: Schäfer/Lwowski (Hrsg.), Konsequenzen wirtschaftsrechtlicher Normen. Kreditrecht – Verbraucherschutz – Allgemeines Wirtschaftsrecht, Festschrift für Claus Ott, 2002, S. 153 – 181).

Immerhin gehen in jüngerer Zeit verschiedene Gerichte dazu über, Pfändungsmaßnahmen bei Girokonten, auf denen über Monate oder Jahre nur unpfändbare Beträge eingehen (sog. zwecklose Pfändungen), gemäß § 765a ZPO aufzuheben. Die Banken verzichten in der Folge auf die Kündigung dieser Konten. Da allerdings verschiedene Gerichte auch gegenteilig entschieden haben, ist darin zurzeit keine generelle Lösung des Problems zu sehen.

Der Zusammenhang zwischen dem Pfändungsrecht und dem Recht des Verbrauchers auf ein Girokonto bleibt jedoch entscheidend, wie auch in den verschiedenen mir von Ihnen überlassenen Stellungnahmen zutreffend zum Ausdruck gebracht wird.

In der Anlage erlaube ich mir, Ihnen zwei Auszüge aus meiner Kommentierung im Bankrechtshandbuch zu den oben angesprochenen Fragen zu überlassen. Es handelt sich um die noch nicht erschienene 3. Auflage des von Schimansky/Bunte/Lwowski im Verlag C.H. Beck herausgegebenen Bankrechtshandbuchs.

Mit freundlichen Grüßen



(Prof. Dr. Georg Bitter)

Bankrechts - Handbuch

§ 33. Kontenpfändung

8, 937 § 33

innerhalb der Frist auch zugehen muß.¹ Entsteht die Forderung erst später, begründet eine **wiederholte Aufforderung** des Pfändungsgläubigers die Pflicht zur Ergänzung der Drittschuldnererklärung.²

Ist der Pfändungs- und Überweisungsbeschuß der **Filiale einer Bank** zugestellt worden,³ so beschränkt sich der Auskunftsanspruch nach einer Entscheidung des AG Leipzig⁴ auf die bei dieser Filiale geführten Konten. Es besteht danach keine Verpflichtung der Bankfiliale, auch über Konten des Pfändungsschuldners bei einer anderen Filiale Auskunft zu geben.⁵ **Einen einklagbaren Anspruch** gegen den schweigenden Drittschuldner auf die Auskünfte des § 840 Abs. 1 ZPO **hat der Gläubiger** nach heute hM generell **nicht**. Die Haftung des Drittschuldners erschöpft sich in der genannten Schadensersatzpflicht.⁶ Ob sich unabhängig von § 840 ZPO ein einklagbarer Auskunftsanspruch aus der Pfändung des Rechnungslegungsanspruchs des Kunden gegenüber der Bank (§ 666 BGB) ergeben kann, wird bei der Darstellung der Ansprüche aus dem Girovertrag erörtert (s. u. RdNr 56).

Da die Erteilung der Auskünfte für die betroffenen Banken mit **Kosten** verbunden ist und der Gläubiger dem Drittschuldner diese Kosten nach hM nicht zu erstatten hat,⁷ hatten verschiedene Kreditinstitute in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen die Verpflichtung des Kontoinhabers aufgenommen, der Bank für die Bearbeitung und Überwachung von Pfändungsmaßnahmen ein Entgelt zu bezahlen. Soweit derartige Klauseln in der höchstrichterlichen Rechtsprechung wegen eines Verstoßes gegen § 307 BGB (früher § 9 AGBG) für unwirksam erklärt worden sind,⁸ ist dem zu widersprechen.⁹ Es mag zwar zutreffend sein, daß die Bank bei Erteilung der Drittschuldnererklärung nach § 840 ZPO eine staatsbürgerliche Pflicht erfüllt.¹⁰ Daraus folgt aber nicht, daß eine rechtsgeschäftliche Vereinbarung, die den Kunden mit den daraus entstehenden Kosten belastet, gegen

¹ So *Kunze/Lehmann/Albers/Horrmann* § 840 RdNr 7 mwN; wohl auch BGHZ 79, 275 = NJW 81, 990.

² *Nach Janssen-Brahn* § 840 RdNr 13.

³ Zu der Frage, ob die Angabe der kontoführenden Filiale einer Bank für die Bestimmtheit des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses erforderlich ist, siehe unten RdNr 21.

⁴ AG Leipzig NJW-RR 98, 1345 = WM 98, 812 mit krit. Anm. *Welsch/Schloemann* WuB VI E. § 840 ZPO 1.98.

⁵ Der Kritik von *Welsch/Schloemann* WuB VI E. § 840 ZPO 1.98 ist zwar zuzugeben, daß es nicht um die Auskunftspflicht einer rechtlich unselbständigen Filiale gehen kann, weil Drittschuldner die Bank als solche ist (vgl. dazu auch *Behr* JurBüro 95, 119, 121 mwN in Fn 26). Die erforderliche (s. u. RdNr 21) Bezeichnung der Filiale im Pfändungs- und Überweisungsbeschuß beschränkt aber dessen Wirkungen auf die dortigen Konten, so daß auch der Auskunftsanspruch nicht weiterreichen kann.

⁶ Vgl. BGHZ 91, 126 = NJW 84, 1901; BGHZ 98, 291, 293 = ZIP 1986, 1422; OLG Düsseldorf ZIP 98, 1580, 1581; *Zöller-Stöber* § 840 RdNr 15; zur Erzwingbarkeit der Drittschuldnererklärung bei der Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Forderungen nach § 5 Abs. 1 VwVG iVm § 316 Abs. 2 Satz 3 AO vgl. *Vallender* KKZ 97, 161, 167.

⁷ Vgl. BAG NJW 85, 1181 = MDR 85, 523 = BB 85, 1199 (LS) mit Anm. *Petersen* BB 86, 188; BVerwG Rpfleger 95, 261 (wo im Leitsatz hinsichtlich der Erstattungspflicht allerdings fälschlich vom Schuldner statt vom Gläubiger die Rede ist); AG Erfurt WM 98, 1724 mit zust. Anm. *Hintzen* WuB VI E. § 840 ZPO 2.98; *Zöller-Stöber* § 840 RdNr 11 jeweils mwN; ausführlich *Marly* BB 99, 1900 ff. mwN zum Streitstand in Fn 5 und 6; offen BGH WM 85, 238, 239; BGH NJW 99, 2276, 2278 = WM 99, 1271; BGH NJW 2000, 651, 652 = WM 99, 2545, 2546; OLG Köln WM 99, 633, 638 und *Vallender* KKZ 97, 161, 166 f. mwN.; kritisch *Hess*, NJW 2004, 2350, 2351 f.

⁸ BGHZ 141, 380 = NJW 99, 2276 = WM 99, 1271; BGH NJW 2000, 651 f. = WM 99, 2545, 2546; OLG Düsseldorf ZIP 98, 1580 = WM 98, 2013 = BB 99, 124; OLG Köln WM 99, 633 mit Anm. *Borges* WuB IV C. § 9 AGBG 5.99; zustimmend *Marly* BB 99, 1900, 1992 ff.

⁹ Vgl. eingehend gegen die Gebührenrechtsprechung des BGH *Bitter* in FS Oti, 2002, S. 153 ff., hier insbesondere S. 175 f. mwN.

¹⁰ So insbesondere BGHZ 141, 380, 386 ff. = NJW 99, 2276 = WM 99, 1271 unter II. 2 a) aa) der Gründe; BGH NJW 2000, 651 f. = WM 99, 2545, 2546 unter II. 2 a) der Gründe.

§ 307 BGB (früher § 9 AGBG) verstößt.¹ Denn insoweit ist zu berücksichtigen, daß auch diese Kosten im Zusammenhang mit der Führung des Girokontos angefallen sind und daher betriebswirtschaftlich auf diese Dienstleistung der Banken umgerechnet werden müssen. Ist dies aber der Fall, dann erscheint es aus Gründen der Allokationseffizienz² allein angemessen, auch gezielt denjenigen Kunden mit den entstehenden Kosten zu belasten, durch dessen Verhalten (= Nichterfüllung der Forderung des Pfändungsgläubigers) die Kosten verursacht wurden.³ Die Position der Rechtsprechung enthält demgegenüber – wie auch die parallele⁴ Rechtsprechung zur Kostenerstattung bei Ein- und Auszahlungen am Bankschalter,⁵ bei Einrichtung und Änderung von Freistellungsaufträgen⁶ oder bei Nichtausführung von Kundenaufträgen mangels Deckung⁷ bzw. der Benachrichtigung darüber⁸ – einen nur scheinbaren Verbraucherschutz.⁹ Denn sie zwingt die Banken durch das Verbot der Entgelterhebung zu einer Quersubventionierung der kostenverursachenden durch die preisbewußten und kostensparenden Kunden.¹⁰ Dies gilt insbesondere dann, wenn man dem Kreditinstitut das Recht abspricht, auch (wiederholte) Pfändungsmaßnahmen zum Anlaß für eine außerordentliche oder ordentliche Kündigung der Geschäftsbeziehung zu nehmen.¹¹

- 10 Richtig an der neueren Rechtsprechung ist allein, daß einige Banken das zu zahlende Entgelt in ihren Geschäftsbedingungen zT zu pauschal und zu hoch angesetzt haben¹² und

¹ Wie hier auch *Rösler* BB 99, 127, 128; allgemein für Entgeltklauseln auch *Horn* WM 97, Sonderbeilage Nr 1, S. 15; *Canaris* AcP 200 (2000), 273, 240.

² Vgl zur Allokationseffizienz (= Zustand einer Gesellschaft, in dem die Verschwendung gleich Null ist) als Ziel der Rechtsanwendung *Schäfer/Ott*, Lehrbuch der ökonomischen Analyse des Zivilrechts, 4. Aufl. 2005, S. 5 ff.

³ Eingehend *Bitter* in FS Ott, 2002, S. 153 ff., zur Anwendbarkeit des „Verursacherprinzips“ beim Girovertrag insbesondere S. 164 ff., hier speziell S. 175 f.

⁴ Vgl *Borges* WuB IV C. § 9 AGBG 5.99, der von einem „Aspekt aus der breiten Palette umstrittener Entgeltklauseln von Banken“ spricht.

⁵ BGHZ 124, 254 = NJW 94, 318 = ZIP 94, 21 = WM 93, 2237 = LM H. 4/1994 § 8 AGBG Nr. 22; dagegen mit Recht kritisch *R. Fischer* WuB IV B. § 8 AGBG 1.94.

⁶ BGHZ 136, 261 = NJW 97, 2752 = BB 97, 1862 = ZIP 97, 1638 = WM 97, 1663 = LM § 8 AGBG Nr. 28 = ZIP 97, 1638 = WM 97, 1663 = WuB IV C. § 8 AGBG 3.97 *Langhein* sowie BGH NJW 97, 2753 = BB 97, 1863 = ZIP 97, 1640 = WM 97, 1665 = LM § 8 AGBG Nr. 29 = WuB aaO *Langhein*; aA mit Recht OLG München ZIP 96, 1778.

⁷ BGHZ 137, 43 = NJW 98, 309 = WM 97, 2298 = MDR 98, 171 sowie BGH NJW-98, 456 = WM 97, 2300 = MDR 98, 172; aA OLG Nürnberg WM 96, 1627, 1628.

⁸ BGHZ 146, 377 = NJW 2001, 1419 = WM 2001, 563 = ZIP 2001, 504; aA mit Recht AG Buxtehude WM 99, 270 und AG Haßfurt, WM 99, 271 mit zust. Anm. *Sonnenhol* WuB I A 3, Nr. 17 AGB-Sparkassen 1993 2.99.

⁹ Vgl den Beitrag von *Bitter* in FS Ott, 2002, S. 153 ff. („Wer schützt den Verbraucher vor dem Verbraucherschutz“); *Rösler* BB 99, 127, 129 (Verbraucherschutz wird in sein Gegenteil verkehrt); im Zusammenhang mit den Entgeltklauseln für Ein- und Auszahlungen auch *R. Fischer* WuB IV B. § 8 AGBG 1.94 und *Canaris* AcP 200 (2000), 273, 240 („Pyrrhus-Sieg“ der Verbraucherverbände).

¹⁰ Vgl *Bitter* in FS Ott, 2002, S. 153, 164 ff. mit Zusammenfassung S. 176 f.; ferner die zutreffende Argumentation bei *Rösler* BB 99, 127, 129 und AG Haßfurt WM 99, 271 = WuB I A 3, Nr. 17 AGB-Sparkassen 1993 2.99 (*Sonnenhol*).

¹¹ Vgl AG Frankfurt ZVI 2003, 85, 87 mit Hinweis auf AG Schweinfurt v. 24.5.2000 – 5 C 713/00 BAGSB Information 2/2001; LG Hamburg, 27.2.2004 – 309 T 19/04 (JURIS); jedenfalls für Sparkassen AG Düsseldorf, WM 95, 1314; ferner AG St. Ingbert ZVI 2004, 296 und tendenziell LG Köln ZVI 2004, 292, unter Hinweis auf BGHZ 154, 146 = NJW 2003, 1658; kritisch *Newiger* WuB I B 6.-1.97, der aa auch auf eine Entscheidung des BAG (NJW 82, 1062) verweist, nach der bei umfassender Abwägung der Interessen beider Parteien im Einzelfall zahlreiche Lohnpfändungen oder -abtretungen aufgrund ihres Arbeitsaufwandes sogar die ordentliche Kündigung eines Arbeitsplatzes rechtfertigen können.

¹² Siehe auch hierzu BGHZ 141, 380, 388 f. = NJW 99, 2276, 2278 = WM 99, 1271; OLG Köln WM 99, 633, 639.

hier eine Differenzierung erfolgen sollte. Auch dabei kann allerdings im Hinblick auf die – letztlich wieder im Interesse der Kunden liegende – Rationalisierung der Arbeitsprozesse auf eine gewisse Pauschalisierung nicht verzichtet und der angefallene Arbeitsaufwand kaum minutengenau abgerechnet werden.

3. Vorphändung

Da die Erwirkung eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses Zeit in Anspruch 11
nimmt, während derer der Pfändungszugriff durch weitere Verfügungen des Schuldners oder frühere Pfändungen anderer Gläubiger vereitelt werden könnte, steht dem Pfändungsgläubiger als eiliges Vollstreckungsmittel die Vorphändung nach § 845 ZPO zur Verfügung.¹ Hat der Gläubiger einen mindestens **vorläufig vollstreckbaren Titel** erwirkt, so kann er – ohne daß auf die Urteilsausfertigung gewartet werden muß – dem Drittschuldner (der Bank) durch den Gerichtsvollzieher eine private Pfändungsankündigung zustellen lassen, die wie bei einem Arrest eine Sperrwirkung herbeiführt.² Die der Vorphändung dienende Benachrichtigung des Drittschuldners muß die Forderung, deren Pfändung angekündigt wird, ebenso eindeutig bezeichnen wie die Pfändung der Forderung selbst (dazu RdNr 16)³.

Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Pfändung, der sich normalerweise gemäß § 829 12
Abs. 3 ZPO aus der Zustellung des entsprechenden Beschlusses an den Drittschuldner ergibt, wird nach §§ 845 Abs. 2, 930 ZPO auf den Zeitpunkt der Zustellung eines vorläufigen Zahlungsverbots vorverlegt, wenn die Hauptpfändung innerhalb eines Monats nachfolgt.⁴ Die Vorphändung hat die Wirkung der Beschlagnahme im Wege der Zwangsvollstreckung,⁵ begründet also ein Pfandrecht.⁶ Das Pfandrecht erhält den Rang nach der Zeit der Vorphändung, allerdings nur soweit, als sich Vorphändung und spätere Pfändung decken.⁷ Während aber die **Vorphändung von der Hauptpfändung** insoweit **abhängig** ist, als sie außer Kraft tritt, wenn letztere nicht fristgemäß bewirkt wird, ist umgekehrt die Hauptpfändung von der Wirksamkeit der Vorphändung nicht abhängig; erhöht sich also zwischen Vor- und Hauptpfändung die gepfändete Forderung, so erstreckt sich die Hauptpfändung auf den erhöhten Betrag (vgl. auch unten RdNr 47).⁸ Die Vorphändung allein begründet noch kein Verwertungsrecht, dh keine Einziehungsbefugnis des Pfändungsgläubigers.⁹ Darüber hinaus begründet sie auch keine Auskunftspflicht des Drittschuldners (der Bank) nach § 840 ZPO.¹⁰

4. Arrestpfändung

¹ Vgl. *Liesche* WM 75, 314, 316; *Stöber* RdNr 796; Formular für die Praxis zB bei der Hans Soltdan GmbH unter Best.-Nr. 13056-00 und 13057-00.

² BGHZ 93, 71, 74 = NJW 88, 863 = WM 85, 78; BGH NJW 2001, 2976, 2977 = WM 2001, 1223 = BB 2001, 1436; *Liesche* WM 75, 314, 316; *Stöber* RdNr 799 und RdNr 802.

³ BGH NJW 2001, 2976 = WM 2001, 1223 = BB 2001, 1436; BGH WM 2005, 1837, 1838.

⁴ BGHZ 80, 172, 176; BGHZ 93, 71, 75 = NJW 88, 863 f. = WM 85, 78; BGH NJW 2001, 2976 f. = WM 2001, 1223 = BB 2001, 1436; OLG Oldenburg WM 79, 591, 593; zur Amtshaftung bei verzögerlichem Erlaß eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses nach einer Vorphändung OLGR Saarbrücken 2003, 217.

⁵ BGHZ 87, 166, 168.

⁶ *Stöber* RdNr 803.

⁷ BGH NJW 2001, 2976 f. = WM 2001, 1223 = BB 2001, 1436; *Liesche* WM 75, 314, 316.

⁸ OLG Oldenburg WM 79, 591, 593 f.; *Thomas/Frenz* § 845 RdNr 9; *Schöte* NJW 65, 1009, 1010.

⁹ *Stöber* RdNr 803.

¹⁰ BGHZ 68, 289, 291 = NJW 77, 1199 = WM 77, 537 = MDR 77, 746 = JR 77, 462 (*Schreiber*) = JZ 77, 802; *Stöber* RdNr 810; MünchKommZPO-Smid § 840 RdNr 5 mwN; *Baumbach/Lauterbach/Wiers/Haumann* § 840 RdNr 4; *Zöllner-Stöber* § 840 RdNr 2.

durch einen Vorschuß auf die zu erwartenden Sozialleistungen entstanden und der Vorschußcharakter zwischen Bank und Kreditnehmer verabredet worden ist.¹ Ein derartiger Vorschuß setzt einen unmittelbaren zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit dem Bezug der unpfändbaren Leistung voraus und liegt nach vorherrschender Ansicht nicht schon in der Gewährung eines allgemeinen Überziehungskredits seitens der Bank.²

- 38 **c) Zwecklose Pfändung.** In der Praxis gehen häufig auf einem gepfändeten Konto über Monate oder Jahre **nur unpfändbare Beträge** ein (zB nur der unpfändbare Teil des Arbeitseinkommens, Arbeitslosenhilfe eines Langzeitarbeitslosen, Erwerbsunfähigkeits- oder Altersrente), so daß die Pfändung nicht zu einer Befriedigung des Gläubigers führt. Die Kontenpfändung dient in solchen Fällen zumeist nur dem Zweck, den Kontoinhaber durch die Unannehmlichkeiten, die mit der Sperrung des Kontos verbunden sind, zu „freiwilligen“ Ratenzahlungen zu bewegen.³ Da die manuelle Überwachung des gepfändeten Kontos bei den Banken erhebliche Kosten verursacht, die nach der BGH-Rechtsprechung nicht auf den Kunden abgewälzt werden dürfen (RdNr 9), fordern die Banken die Kontoinhaber zunehmend dazu auf, beim Vollstreckungsgericht gemäß § 765 a ZPO eine Aufhebung der Pfändung zu beantragen, weil anderenfalls das Konto gekündigt werde.⁴ Dies hat in den letzten Jahren zu einer Welle instanzgerichtlicher Entscheidungen geführt. Überwiegend haben die Gerichte mit Recht die beantragte **Aufhebung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß § 765 a ZPO**⁵ mangels erkennbarer Gläubigerinteressen angeordnet⁶ bzw. – wenn künftig eine Änderung möglich erscheint – zumindest die Zwangsvollstreckung vorläufig eingestellt.⁷ Vor diesem Hintergrund kann die ggf. fehlende Bereitschaft des Kontoinhabers, einen solchen Antrag nach § 765a ZPO zu stellen, vom Kreditinstitut zum Anlass für eine Kündigung genommen werden. Nicht selten sind Vollstreckungsschutzanträge allerdings auch unter Hinweis auf ein fehlendes Kündigungsrecht des Kreditinstituts⁸ oder trotz drohender Kündigung⁹ abgelehnt worden.

¹ *Canaris* (1988) RdNr 200; *Heymann-Horn* § 355 RdNr 16; *Bitter* WuB VI E. § 850 k ZPO 1.00.

² Vgl insbes HessVGH Kassel, WM 85, 1357 ff. = NJW 86, 147 ff.; zustimmend OVG Lüneburg WM 87, 172, 174; *Canaris* (1988) RdNr 200 in Fn. 48; *Heymann-Horn* § 355 RdNr 16; *Bitter* WuB VI E. § 850 k ZPO 1.00.

³ Vgl dazu LG Hamburg, 27.2.2004 – 309 T 19/04 (JURIS); *Fischer* InVo 2004, 384.

⁴ Vgl *Fischer* Rpfleger 2002, 163; zur Kündigung wegen Pfändungsmaßnahmen siehe die Nachweise oben RdNr 9 aE in Fn 11.

⁵ Gegen die Lösung über § 765 a ZPO und für eine Erinnerung nach § 766 ZPO wegen fehlenden Rechtsschutzinteresses des Gläubigers – soweit ersichtlich – nur LG Frankenthal VuR 2000, 318.

⁶ Ausführlich und überzeugend OLG Frankfurt OLGR 2000, 39 = InVo 2000, 136 (betr Altersrente) mwN; ferner LG Osnabrück NJW-RR 96, 1456 (betr Arbeitslosenhilfe); LG Essen Rpfleger 2002, 162 mit zust Anm *Fischer* = NJW-RR 2002, 483 = InVo 2002, 292 (betr Sozialhilfe einer 73-jährigen); LG Rostock VuR 2002, 330 (nur Leitsatz); LG Rostock InVo 2003, 200 = Rpfleger 2003, 37 = JurBüro 2003, 46 (betr Erwerbsunfähigkeitsrente); LG Berlin ZVI 2003, 364 (betr Einkommen unter dem Pfändungsfreibetrag); vgl auch LG Hamburg, 27.2.2004 – 309 T 19/04 (JURIS); *Fischer* InVo 2004, 384 f.

⁷ So mit ausdrücklicher zeitlicher Beschränkung OLG Nürnberg Rpfleger 2001, 361, 363 f. = InVo 2001, 329 = MDR 2001, 835 (betr diverse Sozialleistungen).

⁸ So allgemein AG Frankfurt ZVI 2003, 85, 87; für Sparkassen AG St. Ingbert ZVI 2004, 296 und tendenziell LG Köln ZVI 2004, 292, jeweils unter Hinweis auf BGHZ 154, 146 = NJW 2003, 1658.

⁹ Besonders restriktiv LG München ZVI 2004, 340; AG Oranienburg ZVI 2003, 348 und 404; AG Lichtenberg ZVI 2004, 296; AG Neukölln ZVI 2004, 467; zurückhaltend auch LG Frankenthal JurBüro 2000, 439, wenn auf dem Konto einer 37-jährigen Schuldnerin mit zwei minderjährigen, unterhaltberechtigten Kindern neben Sozialhilfe auch Arbeitsentgelt eingeht; LG Traunstein Rpfleger 2003, 309, wenn der Eingang unregelmäßiger Einmalzahlungen nicht ausgeschlossen ist; FG Baden-Württemberg EFG 2002, 37, wenn die Pfändung in geringer Höhe erfolgreich war und mit dem Eingang weiterer pfändbarer Beträge zu rechnen, ferner eine drohende Kündigung durch die Bank nur behauptet und nicht belegt ist.